



Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen

„*Entmachtet die Märkte!*“ Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der *New Economy*-Blase 2001.

Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Der Crash an der Wall Street im September 2008 markiert das Ende einer historischen Epoche: der Finanzkapitalismus, ein System das ausschließlich von der Jagd nach dem Maximalprofit angetrieben wird, ist kollabiert. Er hat sich mit seinen inneren Widersprüchen selbst zerstört. Die Schockwellen der Finanzkrise haben jetzt die Realwirtschaft erreicht. Die USA befinden sich bereits in einer Rezession. Großbritannien und die Eurozone stehen kurz davor. Die gesamte Weltwirtschaft wird davon betroffen sein.

Das Schrumpfen der Wirtschaft wird die Arbeitslosigkeit erhöhen und Ungleichheiten vertiefen. Es wird erneut Druck auf die Lohnabhängigen ausgeübt werden, damit sie noch mehr Flexibilisierung, niedrigere Löhne und geringere soziale Sicherheit hinnehmen. Die sinkende Nachfrage der reichen Länder wird auch die verwundbaren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer hart treffen und die Armut dort verschärfen. Die *Millennium Entwicklungsziele* und andere Versuche, eine sozial gerechte und umweltfreundliche Entwicklung in Gang zu setzen, werden in unerreichbare Ferne rücken.

Der Finanzcrash und der Beginn der Rezession trafen mit einem rasanten Anstieg von Öl und Nahrungsmittelpreisen zusammen.¹ Dies hat in einigen Entwicklungsländern zu schweren sozialen Krisen und Hungerrevolten geführt. Der Anstieg von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen hat mehrere Ursachen. Aber klar ist auch, dass spekulative Geschäfte von Hedge Funds u. a. Institutionellen Investoren beträchtlich zu hohen Preisen und starken Preisschwankungen beigetragen haben.

Auslöser der aktuellen Krise war die exzessive Vergabe von faulen Hypothekenkrediten an Haushalte in den USA, und damit verbunden deren spekulative Verbriefung und ihr Verkauf an Institutionelle Investoren und Privathaushalte in den USA und international. Die anhaltende Welle von Insolvenzen hat dramatische Auswirkungen auf Investment- und andere Privatbanken oder Hedge Funds. Mittlerweile ist auch die Realwirtschaft in

¹ Anm. d. Übers.: Das traf zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, noch zu. Inzwischen sind Öl- und Nahrungsmittelpreise wieder stark gesunken.

Mitleidenschaft gezogen. Für 2009 sind die Aussichten in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht für weite Teile der Welt trostlos.

Dabei hätte man es besser wissen können. Der Crash bestätigt leider die Prognosen von heterodoxen Experten, wie dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz, oder von Attac, sozialen Bewegungen und anderen Kritikern. Sogar den Aufsichtsbehörden war bewusst, dass das System riskant war, aber es fehlte der Wille zu handeln und dem herrschenden Glauben an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung entgegenzutreten.

Jetzt, unter dem Druck der Krise, ruft sogar der Mainstream der Finanzwelt nach Reformen. Aber dessen Vorschläge greifen zu kurz, da sie die systemischen Ursachen, die Krise zugrunde liegen, nicht anpacken. Sie beziehen sich vor allem auf den Finanzsektor und dessen Stabilitätsprobleme. Das reicht nicht. Der Finanzkapitalismus hat nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf Verteilung und Demokratie. Banker rufen jetzt nach dem Staat. Aber tatsächlich geht es ihnen nur um die Vergesellschaftung der Verluste, während die Profite weiterhin in private Taschen wandern sollen. Das Rettungspaket der USA – mit mehr als 700 Milliarden US Dollar das größte in der Menschheitsgeschichte – und ähnliche Programme in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zeigen deutlich diese Logik. Wenn die Finanzwelt von Reformen redet, meint sie bestenfalls Regulierung in einigen Teilbereichen und kurzfristiges Krisenmanagement. Damit soll der neoliberale Kurs aufrechterhalten und nach einiger Zeit wieder zu *Business as usual* zurückgekehrt werden.

Was dagegen die Mehrheit der Menschen braucht, sind reale Veränderungen hin zu einem anderen wirtschaftlichen Leitbild, bei dem das Finanzsystem zu sozialer Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen muss. Wir können es nicht zulassen, dass man in den kommenden Jahren wieder zu den alten Zuständen zurückkehrt.

Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger unglücklicher Umstände. Sie kann auch nicht auf das Versagen von Finanzaufsicht, Rating-Agenturen oder einzelner Akteure reduziert werden. Sie hat systemische Wurzeln. Deshalb müssen die Strukturen und Mechanismen des Systems generell in Frage gestellt werden.

Finanzmärkte bilden das Zentrum und die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung. Dies führte dazu, dass der Finanzsektor Dominanz über die übrige Wirtschaft erlangte. Dies geschah als Folge der 1973 eingeführten freien Wechselkurse zwischen den großen Währungen, der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, der konsequenten Liberalisierung der Finanzmärkte und der Deregulierung der Finanzindustrie.

All dies ging einher mit der Etablierung sog. „unabhängiger“ Aufsichtsbehörden, die damit aber nur das Ziel starker und erfolgreiche Lobby der Finanzindustrie wurden. Seitdem erlebten die Finanzindustrie und ihre „innovativen“ Instrumente ein rasantes Wachstum. Die Masse von Finanzvermögen, von Schulden und die weltweite Suche nach Profiten wuchsen gleichermaßen. 2001 beschleunigte sich dieser Prozess enorm, als die USA einen Ausweg aus der Krise der *New Economy* fanden, indem sie einen dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzdefizit herbeiführten. Finanziert wird das Doppeldefizit durch den Rest der Welt.

Finanzkapitalismus - das neue Modell

Zusammengenommen haben all diese Entwicklungen zur Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus geführt, die von einigen als *Finanzielle Globalisierung*, von anderen als *Finanzkapitalismus* oder *Shareholder Kapitalismus* bezeichnet wird. Wie immer man das neue System nennt, klar ist: während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.

Der Zugriff von „Finanzinteressen“ auf die Realwirtschaft erweiterte sich enorm, indem alle wirtschaftlichen Aktivitäten an den Maximalprofiten auf den Finanzmärkten gemessen

wurden. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die der Erwirtschaftung von Renditen ausschließlich auf den Finanzmärkten dienen. Nachhaltige Industrieproduktion und Landwirtschaft sowie stabile Sparmöglichkeiten für die Lohnabhängigen wurden dagegen vernachlässigt.

Die Logik und Dynamik der kurzfristigen Profitmaximierung drang in alle Poren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ein. Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die von der neoliberalen Politik ermöglicht wurde, spielt heute eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie erzeugt globalen Wettbewerb nicht nur unter transnationalen Konzernen, sondern auch zwischen den Nationalstaaten, zwischen deren Sozial- und Finanzsystemen sowie unter den Arbeitern in den verschiedenen Regionen des Planeten. Indem die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Konzerne verschoben wurden, verschärfte sich die soziale Ungleichheit, schrumpfte die Beschäftigung, wurden Sozial- und Umweltstandards abgesenkt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert.

Kurzum, die "Freiheit" von Finanzakteuren wurde auf Kosten der Mehrheit der Menschen ausgeweitet und führte zu einer Wirtschaft, die die Umwelt massiv zerstört. Aber das Scheitern dieses Modells war noch nie so offensichtlich wie heute, da wir gleichzeitig drei Krisen erleben: Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise, Klima- und die Energiekrise. Dieses Modell, das von Regierungen weltweit und jahrelang gestützt wurde, ist heute völlig diskreditiert. Deshalb müssen jetzt klare Konsequenzen gezogen werden: dieses umweltschädliche und ungerechte Finanzsystem muss komplett umgebaut und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden.

Die Krise eröffnet eine historische Chance. Es wird vom Druck der öffentlichen Meinung abhängen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht wird.

Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten

Aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt.

Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

A. Systemische Veränderungen statt Reparatur an einzelnen Teilen

Das Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat bewiesen, dass es instabil, ökonomisch ineffizient und schädlich für Gerechtigkeit, soziale Wohlfahrt und Demokratie ist. Deshalb sind systemische Veränderungen unerlässlich. Eines unserer Hauptziele muss es daher sein, die tragenden Säulen des Neoliberalismus zum Einsturz zu bringen, insbesondere die weltweite Mobilität des Kapitals. Demgegenüber zielen die meisten regulatorischen Maßnahmen des Mainstreams darauf, die vermögensbasierte Kapitalakkumulation zu erhalten. Sie beschränken sich auf Finanzstabilität und den Schutz der Reichen. Oberflächliche Reformen aber, z.B. „Transparenz“, sind inakzeptabel.

B. Neues Bretton Woods anstatt „sich selbst regulierender Märkte“

Die Krise zeigt, dass Märkte allein, ohne politische Regulierung und demokratische Kontrolle verhängnisvolle Folgen zeitigen. Daher sind demokratische Kontrolle und internationale Kooperation nötig, anstatt zerstörerischem Standortwettbewerb. Ökologischer

Zukunftsfähigkeit und den Menschenrechten aller drei Generationen muss bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zukünftig Priorität eingeräumt werden.

Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z.B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleister, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. Die Partizipation von Gewerkschaften, Verbrauchern und anderer Stakeholders bei der Regulierung muss gewährleistet werden. Rating muss Teil der staatlichen Aufsicht werden und dazu beitragen, dass Finanzprodukte, Kredite und Unternehmen nicht zu Umweltzerstörung beitragen.

Für das unmittelbare Krisenmanagement wird eine enge Kooperation auf europäischer Ebene, inkl. Schweiz und Russland benötigt, ebenso wie transatlantische Zusammenarbeit.

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom „freien Fluss“ von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die Grundorientierung für substantielle Veränderungen muss darauf orientieren die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft zu brechen. Einige dafür geeigneten Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. Damit soll die Spekulation unterbunden werden, Tempo auf den Finanzmärkten herausgenommen und Schluss mit der Kurzfristorientierung gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Finanzierung von fairem und nachhaltigen Handel, Produktion und Konsum gefördert werden;
- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;
- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben („too big to fail“);
- progressive Besteuerung von Kapitaleinkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. Um die Finanzmärkte zu entschleunigen und zu stabilisieren ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von Oben nach Unten notwendig, ebenso wie die Beseitigung von Anreizen zu exzessiven Profiten und Steuerhinterziehung;

- noch bevor *Umverteilung* nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte *Verteilung* gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;
- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z.B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - „Spekulanten zur Kasse bitten“

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt, um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungspakete strikt an Bedingungen geknüpft sein. Jede Form von *moral hazard*² muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden – inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. Dafür sollte in jedem Land ein spezieller Krisenfond geschaffen werden. Dieser Topf sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 50.000 Euro und einer zusätzlichen einprozentigen Steuer auf alle Profite in der Finanzindustrie gespeist werden.

Ein Teil dieses Fonds sollte international eingesetzt werden, um armen Länder, die unter dem Crash leiden und von hohen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen betroffen sind, zu helfen.

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden. Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

E. EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Besondere Aufmerksamkeit muss der EU gewidmet werden. Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft festschreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z.B. erlaubt, sich in die Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten.

Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der

² Belohnung von Risikofreudigkeit, weil die Erwartung besteht, vom Staat bei Bankrott doch herausgehauen zu werden.

Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpassung nach unten – *race to the bottom* – muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. Die EU sollte alle notwendigen Bereiche der Finanzindustrie regulieren, d.h. Kreditwesen, Risiko-Management, Investment, Ausgabe von Aktien und Anleihen etc. Damit soll gewährleistet werden, dass finanzielle Mittel und Dienstleistungen vorrangig für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Entwicklung eingesetzt werden.

Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. Die Bank ist das Zentrum des europäischen Neoliberalismus'. Sie arbeitet ausschließlich auf Grundlage der monetaristischen Ideologie, wonach Preisstabilität absoluter Vorrang gebühren müsse. Dies geht zu Lasten der Arbeitnehmer, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität. Ganz im Geiste neoliberaler Ideologie behauptet sie ihre sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich entzieht sie sich damit jeglicher demokratischer Kontrolle.

Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert.

Sogar die *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2008, dass die Zinspolitik der Zentralbanken nicht nur auf die Inflation achtet und die Zinsen niedrig halten soll, sondern auch das Augenmerk auf die Effekte von Zinsen auf "exzessives und riskantes Kreditwachstum", die Bildung von Blasen und überzogene Ausgabenpolitik und Produktionsmuster zu richten.

Die Zinserhöhung der EZB als Reaktion auf die Erhöhung des Ölpreises folgte exakt dem neoliberalen Dogma. Obwohl es sich dabei nur um das Ansteigen eines relativen Preises handelte, was nicht mit Inflation zu verwechseln ist (Inflation ist Preisanstieg auf breitere Front), malte Frankfurt das Gespenst der Inflation an die Wand. Gegenwärtig ist Inflation jedoch kein Problem, sondern Rezession und Arbeitslosigkeit. Die Politik der EZB beschleunigt und vertieft daher die Krise, in die die EU hineingeraten ist.

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren „Beratungstätigkeit“ zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

F. Reformen im Kernbereich des Systems

Im Lichte der Krise benötigen folgende Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit:

a. Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor

Die Eigenkapitalanforderungen für Banken müssen erhöht werden. In dieser Hinsicht war das Eigenkapitalabkommen „Basel II“ ein Schritt in die falsche Richtung. Daher brauchen wir ein „Basel III“ mit dem die Konsequenzen aus dem Crash gezogen werden. Außerbilanzliche Geschäfte, die ebenfalls zum Zentrum der Krise gehören, müssen verboten werden.

Verbriefung darf nur solchen Akteuren erlaubt werden, die unter strikter staatlicher Aufsicht stehen. Riskante Verfahren, wie die sog. *Collateralized Debt Obligations*, deren Ziel, der massenhafte Handel mit Subprime Krediten war, müssen verboten werden.

Spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden, besonders bei Nahrungsmitteln und da, wo sie eine destabilisierende Wirkung haben. Alle neuen Finanzprodukte müssen von der Finanzaufsicht auf ihre Wirkung auf Finanzstabilität und Gesellschaft geprüft werden, bevor sie genehmigt werden.

Investmentbanking muss soweit geschrumpft werden, dass es kein systemisches Risiko mehr darstellt. Was davon übrig bleibt, ist in vollem Umfang der Regulierung und der Aufsicht zu unterziehen, sowie von anderen Finanzdienstleistungen zu trennen. Die Aktivitäten des Investmentbankings sollen nachhaltiger Entwicklung dienen, z.B. indem sie Aktien von Unternehmen fördern, die umweltfreundliche Produkte herstellen.

Alle Finanzkonglomerate, die Privatkundengeschäft, Investmentbanking und Versicherungen betreiben, müssen umstrukturiert oder aufgesplittet und komplett der Aufsicht unterstellt werden.

Das Bonussystem für Manager sollte verboten werden, weil es Anreize zu riskantem Verhalten setzt, ohne die Manager für Verluste haftbar zu machen.

b. Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der lokal ausgerichtete, genossenschaftliche und öffentliche Bankensektor in Europa eine positive Rolle gespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben diese Banken jedoch zunehmend mit kommerziellen Banken fusioniert oder haben deren Geschäftsmodelle übernommen. Sie gingen an die Börse und passten sich dem angelsächsischen Finanzsystem an.

Dieser Trend muss umgedreht werden; öffentliche und Genossenschaftsbanken müssen gestärkt und vom Wettbewerbsrecht der EU ausgenommen werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest über einige Schlüsselbanken verfügen, um damit für Stabilität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die verstaatlichten Banken, bzw. die Institute, von denen der Staat durch die Rettungspakete Anteile erworben hat, müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Dazu gehört auch die Vergabe günstiger Kredite für umweltfreundliche Projekte und Unternehmen und der Zugangs zu hochwertigen Basisdienstleistungen für alle.

c. Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle

Die Rating-Agenturen haben in der aktuellen Krise ebenso versagt wie in fast allen Krise der Jahrzehnte davor. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr von Unternehmen bezahlt werden, die sie prüfen. Stattdessen müssen sie aus einem Fonds finanziert werden, der aus Beiträgen der Ratingkunden und der Anbieter von Finanzprodukten gespeist wird. Sie sollten nicht nur finanzielle Aspekte prüfen, sondern auch soziale und Umweltrisiken.

Auch die Buchprüfer haben die Schwächen des Risikomanagements der Finanzinstitute unter den Teppich gekehrt. Sie haben zugelassen, dass Geschäfte im Subprime Hypothekenmarkt – Derivate und andere Vermögenswerte - außerbilanzlich gemacht werden. Die Regeln für die Prüfungen müssen wieder international festgelegt werden.

d. Investitionsfonds regulieren, insbesondere Hedge Funds und Private Equity Funds

Wer braucht Hedge Funds und welchen Nutzen bringen sie der Volkswirtschaft? Als 2007 beim G8 Treffen 2007 die Bundesregierung mehr Transparenz für Hedge Funds forderte, hieß es, Hedge Funds würden eine nützliche Funktion erfüllen, weil sie Risiken übernahmen, die andere nicht zu übernehmen bereit sind. In der Tat sind diese Risiken nichts anderes als Spekulationsrisiken, die ausschließlich eingegangen werden, um Maximalprofite zu erzielen.

Aus diesem Geschäftsmodell ergibt sich keinerlei volkswirtschaftlicher Nutzen. Im Gegenteil, es destabilisiert das System. Denn durch den Hebelverstärkten Einsatz von Fremdkapital wird das Risiko an die Kreditgebenden Banken übertragen. Auch hochspekulative Praktiken, wie Leerverkäufe³ sind destabilisierend. Beides sollte daher verboten werden.

Hedge Funds zu Instrumenten des Risiko-Managements zu erklären, heißt soviel wie einen Pyromanen zum Feuerwehrmann zu ernennen. Hedge Fonds müssen daher verboten werden. Banken muss untersagt werden, Geschäfte mit Hedge Funds zu machen, die ihren Sitz in Steueroasen haben.

Niemand braucht Hedge Fonds, außer reiche Individuen und institutionelle Investoren, die hinter Maximalprofiten herjagen.

Auch Private Equity Funds haben sich als Stabilitätsrisiko erwiesen. Sie dienen zudem als Transmissionsriemen des Shareholder-Kapitalismus in die Realwirtschaft. Auch dieses intransparent Geschäftsmodell muss gestoppt werden. Alternativ dazu müssen Anreize für Banken geschaffen werden, sich wieder stärker in Unternehmensfinanzierung und Risikokapital zu engagieren, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die öffentlichen Banken müssen eine führende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung übernehmen.

Generell sollte die EU alle Typen von Fonds mit einer entsprechenden Direktive der Regulierung unterwerfen. Alle Fonds müssen ihre Investmentstrategien und Managementgebühren offenlegen. Bestimmte Strategien müssen untersagt werden (z.B. Leerverkäufe), Kreditaufnahme mit Hebeleffekt muss eingeschränkt werden. Es muss eine Höchstgrenze für die Kapitalmasse festgelegt werden, die ein Fonds verwalten darf.

Fondsprofite müssen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Fonds, die ihren juristischen Sitz außerhalb der EU haben (z.B. nur in Offshore-Zentren), bzw. nicht mit EU-Standards übereinstimmen, soll der Marktzugang untersagt werden.

e. Derivatehandel drastisch einschränken

Finanzderivate dürfen nur an der Börse gehandelt werden. Sie müssen standardisiert und von der Aufsicht genehmigt sein. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (*over the counter* - OTC) muss unterbunden werden.

f. Offshore – Zentren

Wer braucht Offshorezentren (OFCs) und Steuerparadiese? Nur die Reichen und institutionelle Investoren, die ihre Gewinne vorm Finanzamt verheimlichen wollen – die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geldwäsche betreiben. Es gibt kein rationales Argument, mit dem die ökonomische Existenz solcher Territorien gerechtfertigt werden könnte. Deshalb muss diese Art von Wirtschaft dicht gemacht werden.

Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Länder ihren Status als OFCs aufrechterhalten, oder OFCs unterstützen, kann ein ganze Reihe von unilateralen Maßnahmen ergriffen werden - angefangen von der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Institute, die Niederlassungen in OFCs unterhalten, über die Verpflichtung, Filialen in Steueroasen zu schließen, bis zu Strafsteuern auf Transaktionen mit OFCs.

Die Zinsbesteuerungsrichtlinie der EU muss auf alle Kapitaleinkünfte (gegenwärtig gilt sie nur für Zinseinnahmen) und auf alle juristische Personen (gegenwärtig nur natürliche Personen) ausgedehnt werden. Der automatische Informationsaustausch muss auch für

³ Termingeschäft mit Vermögenswerten, z.B. Aktien, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäfts sich noch nicht im Besitz des Verkäufers befinden. Mit diesem Verfahren kann man auf fallende Kurse spekulieren und hohe Gewinne machen.

Österreich, Belgien und Luxemburg eingeführt werden. Das Schließen dieser Schlupflöcher ist eine wichtige Voraussetzung, um stärkeren Druck auf Steuerparadiese, wie die Schweiz oder Liechtenstein ausüben zu können, ihr Bankgeheimnis aufzuheben und bei internationalem Informationsaustausch zu kooperieren.

g. Maßnahmen gegen die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung

Keynes schlug vor, Anleger mit ihren Kapitalanlagen „zu verheiraten“, um damit langfristige Investitionen zu fördern und die schädliche, kurzfristige Spekulation zu unterbinden. Der Einfluss von auf Kurzfristigkeit orientierten Anlegern könnte eingeschränkt werden, indem Stimmrechte an einen Mindestlaufzeit für Investitionen gekoppelt wird (z.B. 5-10 Jahre). Optionsscheine für das Management müssen untersagt werden, weil Manager dann „Kurspflege“ zum vorrangigen Unternehmensziel machen.

Für Vorstandsgehälter müssen Obergrenzen eingeführt werden. Die Höhe der Gehälter sollte an Indizes geknüpft werden, die die allgemeine Wohlfahrt widerspiegeln. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften, Verbraucher und andere Betroffene effektive Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen erhalten.

h. Die Überschuldung von Haushalten regeln

Die Überschuldung von Privathaushalten muss begrenzt werden, indem eine Obergrenze für die Schuldendienstquote (Verhältnis von Schuldendienst zu Einkommen) festgelegt wird. Für Bevölkerungsschichten mit geringer Kaufkraft muss sozialer Wohnungsbau Teil der staatlichen Sozialpolitik werden. Das Dach über dem Kopf darf keineswegs zum Spielball der übelsten Elemente des Privatsektors werden. Wir unterstützen vehement den Vorschlag, überschuldeten Hausbesitzern zu ermöglichen, ihre überschuldete Immobilie auf Lebenszeit zu pachten. Allerdings sollte der Erwerb individuellen Hausbesitzes nicht das Hauptziel von Sozialpolitik werden. Wir fordern einen öffentlichen Wohnungsbau mit großer sozialer Vielfalt und hohen Umweltstandards.

September 2008

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.